



Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
im Kreistag Trier-Saarburg

Paul Port
Zum Osterberg 41
54421 Reinsfeld

Tel. 06503 / 2552

29.08.2020

Sehr geehrter Herr Schartz,

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Trier-Saarburg stellt folgenden Eilantrag mit der Bitte um Aufnahme auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses.

Gewährleistung des Schüler*innentransports unter Einhaltung der Abstandsregeln im Rahmen der Corona-Pandemie

Der Kreisausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung des Kreises Trier-Saarburg stellt in Zusammenarbeit mit dem VRT und im Austausch und in Zusammenarbeit mit den Schulen des Kreises umgehend die erforderlichen finanziellen, sachlichen und personellen Mittel zur Verfügung, um den Schüler*innentransport in Bussen bis auf weiteres und so lange wie dies im Rahmen des Verlaufs der Corona-Pandemie erforderlich ist, unter Einhaltung der Abstandsregeln zu gewährleisten.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Es ist derzeit allen Medien zu entnehmen, dass seit Aufnahme des Schulbeginns in Rheinland-Pfalz am 14. August 2020 der Schüler*innentransport in Bussen nicht unter Einhaltung der erforderlichen Abstandsregelungen erfolgt. Vielmehr sind Busse deutlich überfüllt und die Schüler*innen drängeln sich darin dicht an dicht. Dies stellt, angesichts steigender Infektionszahlen ein erhebliches Problem dar, abgesehen von der Gefährdung der Schüler*innen bei einem Unfallgeschehen oder bereits bei starkem Abbremsen des Busses..

Gleichzeitig wurden die Schulen verpflichtet, Konzepte zu erstellen und streng einzuhalten, um die Abstandsregeln in Schulen einzuhalten. Diese Konzepte werden ad absurdum geführt, wenn der Hin-Und Rücktransport der Schüler*innen in einer derart infektionsgefährdenden Weise erfolgt.

Der Kreis ist zuständig dafür, den Schüler*innentransport unter Einhaltung der Abstandsregeln zu gewährleisten. Auf diese Problematik haben wir bereits vor Monaten hingewiesen, so dass zum Schulbeginn ein Konzept hätte vorliegen müssen. Da dies nicht der Fall ist, ist nun dringende Eile geboten, um diesen untragbaren Zustand in den Bussen zu beheben. Soweit die vom Land zur Verfügung gestellten Busse dazu nicht ausreichen, ist es die Pflicht des Kreises, das Ziel der Abstandhaltung nun umgehend auf andere Weise zu gewährleisten, sei es durch den Abschluss kurzfristiger, zusätzlicher Verträge mit Busunternehmen (Reisebusse sind derzeit nicht ausgelastet), eine Umstellung des Fahrplanes bzw. die Nutzung von Anhängern an Bussen, wie dies etwa die RTGR-Busse praktizieren. Da das Land 90% der Kosten trägt, sollte dies auch finanziell machbar sein.

Dies sollte in enger Abstimmung mit den Schulen des Kreises erfolgen, wobei es nicht die Aufgabe der Schulen sein kann, den Kreis von Seiner Pflicht zur coronagerechten Organisation der Schüler*innentransporte zu befreien.

Gleichzeitig ist dies auch die Gelegenheit, die 70%-Grenze für Stehplätze in Bussendeutlich herabzusetzen, bzw. Stehplätze in Überlandbussen im Kreiskomplett abzuschaffen, da die Schüler*innen dadurch im Hinblick auf Unfallgeschehen in untragbarer Weise gefährdet werden.

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen und die diese Angelegenheit nun unverzüglich und mit der gebotenen Dringlichkeit zu behandeln, da durch die derzeitige Situation die Schulbusse täglich einen Corona-Hotspot bilden, der sehr rasch zum Zusammenbruch des gesamten Schulunterrichts führen kann. Die Folgen für die Bildung und Zukunft unserer Kinder wären fatal.

Martina Wehrheim

Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag

Paul Port

Fraktionssprecher